

Sylvia Paletschek

Eine deutsche Universität oder Provinz versus Metropole? Berlin, Tübingen und Freiburg vor 1914

Ziel dieses Beitrages ist es, die Entwicklung der Berliner Universität einzuordnen und Berlin mit den süddeutschen Traditionsuniversitäten Tübingen und Freiburg zu vergleichen. Diese Universitäten waren, wenn auch in einer kleinen bzw. mittelgroßen Stadt beheimatet, kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges alles andere als Provinzuniversitäten. Beide rangierten in den Jahrzehnten um 1900 in der Gruppe der mittleren Universitäten, beide waren zeitweise nahe daran, in ihrer Studierendenzahl an Großstadtuniversitäten heranzureichen.

Was vergleicht man, wenn man auf diese drei Universitäten blickt? Man vergleicht nicht nur zwei mittlere und eine große deutsche Universität, sondern ebenso zwei sogenannte „Traditionsuniversitäten“ und eine Universitätsneugründung: die ehemals katholische, 1457 gegründete und bis 1803 zu Vorderösterreich gehörende Freiburger Universität, ferner das protestantische Tübingen, 1477 gestiftet und alleinige württembergische Landesuniversität, sowie die 1810 in einer Residenzstadt ohne universitäre Tradition gegründete preußisch-protestantische Friedrich-Wilhelm Universität Berlin. Man vergleicht über die Universitäten auch die Hochschulpolitik eines kleineren und eines mittleren Staates – nämlich Badens und Württembergs – mit der des größten, hegemonialen deutschen Einzelstaats Preußen. Darüber hinaus beleuchtet der Vergleich, wie sich im 19. Jahrhundert Universitäten in eher politikfernen Klein- und Mittelstädten im Verhältnis zu einer in einer Großstadt und einem politischen Machtzentrum gelegenen Universität entwickelten. Mit dem Blick auf Freiburg, Tübingen und Berlin kontrastiert man zwei Universitätsstädte mit einer Universitäts- bzw. Wissenschaftslandschaft, wie Hubert Laitko sehr treffend Berlin charakterisiert hat¹. Seit ihrer Gründung und forciert seit den Jahrzehnten um 1900 war die Universität Berlin eingebettet in zahlreiche außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtungen wie die Charité, die Akademie der Wissenschaften oder später die Kaiser-Wilhelms-Institute, die technisch-physikalische Reichsanstalt oder die Technische Hochschule; hinzu kamen zahlreiche Museen und Archive, die alle zusammen die Wissenschaftslandschaft Berlin ausmachten.

¹ Hubert Laitko, Friedrich Althoff und die Wissenschaft in Berlin. Konturen einer Strategie, in: Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive (Hildesheim 1991) 75–85, 74, 77; im folgenden zitiert: Laitko, System Althoff.

Im folgenden kann ich diesen hier knapp skizzierten strukturellen Kontext des Vergleichs nicht erschöpfend berücksichtigen. Die Aufzählung sollte zeigen, daß der Unterschied zwischen diesen Universitäten ein ganzes Bündel von Faktoren umfaßt. Das Schlagwort Provinz versus Metropole stellt nur eine, noch dazu in der Formulierung leicht mißverständliche Facette dar. Im folgenden will ich über einen Vergleich der drei Universitäten die jeweiligen Besonderheiten in deren Entwicklung herausarbeiten, wobei ich mich auf drei Aspekte konzentrieren möchte. Zunächst werfe ich einen knappen Blick auf die Reformphase in den Jahrzehnten um 1800, ihre zeitliche Fixierung und die wichtigsten Ergebnisse. Dann verfolge ich die Entwicklung der Studentenfrequenz sowie – aufgezeigt am Beispiel der Philosophischen Fakultät – den Verlauf der Fächerdifferenzierung und Seminargründungen im 19. Jahrhundert. Abschließend soll nach den Besonderheiten Berlins im Vergleich mit Tübingen und Freiburg gefragt werden.

Reformphase in Berlin, Tübingen und Freiburg (ca. 1770–1830)

In gewisser Weise setzte die Reformphase am frühesten in Freiburg und hier bereits in vorderösterreichischer Zeit mit den thesesianisch-josephinischen Reformen zwischen 1768 und 1790 ein². Diese Reformen bezweckten die radikale Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses und die Verstaatlichung der Universitäten. In utilitaristischem Interesse sollte die Ausbildungsleistung verbessert und der wissenschaftliche Fleiß angekurbelt werden. Der Lehrbetrieb wurde modernisiert, deutsch als Unterrichtssprache eingeführt, die Jesuiten 1773 von den Professuren der Philosophischen Fakultät vertrieben, der barocke und religiöse Pomp abgeschafft, die Autonomie der Universität zurückgedrängt, eine Konsistorialverfassung eingeführt sowie die Universität für Juden und Protestanten geöffnet. Der Status der Philosophischen Fakultät wurde aufgewertet, neue Professuren wurden hier gegründet – so für Geschichte, Staatswissenschaften, Naturgeschichte, Technologie, Ästhetik und schöne Künste, historische Hilfswissenschaften. Erste Staatsexamen wurden eingeführt. Nach wie vor war der Besuch der Philosophischen Fakultät aber zwangsmäßig vorgeschrieben – wenn auch nun auf zwei Jahre verkürzt – und diente der Vorbereitung auf die höheren Berufsfakultäten. Mit dem Übergang der Universität an Baden 1806 wurden die unter den Habsburgern im Geiste von Aufklärung, Reformabsolutismus und Utilitarismus begonnenen Reformen weitergeführt³. Die Verstaatlichung, z. B. durch die Einsetzung eines Kura-

² Dieter Speck, Die Freiburger Universität und das „Joch der Reform“, in: Achim Aurnhammer, Wilhelm Kühlmann (Hrsg.), Zwischen Josephinismus und Frühliberalismus: literarisches Leben in Südbaden um 1800 (Freiburg 2002) 499–513; Notker Hammerstein, Besonderheiten der österreichischen Universitäts- und Wissenschaftsreform zur Zeit Maria Theresias und Josephs II., in: Ulrich Muhlack, Gerrit Walter (Hrsg.), Res publica literaria (Berlin 2000) 194–214.

³ Der Breisgau gehörte bis 1803 zu Vorderösterreich, danach bis 1805 zum Herzogtum Modena, bevor er Ende 1805 Baden zugeschlagen wurde. Jürgen Schiewe, Die Universität Freiburg um 1800. Zwischen Autonomie und staatlichem Zugriff, in: Achim Aurnhammer, Wilhelm Kühlmann

tors, wurde fortgesetzt, ebenso die Rationalisierung des Lehrbetriebs und die Einführung neuer Disziplinen. Gleichzeitig gelang es der Universität jedoch, hier maßgeblich durch den bekannten Historiker und Juristen Karl von Rotteck, einen Teil der traditionellen, in der Reformzeit verlorengegangenen korporativen Freiheiten wieder zu erlangen. Dabei interpretierte Rotteck 1807 die traditionelle korporative Freiheit der Universität nun neu als Freiheit von Lehre und Forschung, von der er sich eine Intensivierung und Dynamisierung der Wissenschaft versprach⁴. Rottecks Forderungen reflektierten den Zeitgeist der Jahrzehnte um 1800, in denen in zahlreichen deutschen Staaten und keineswegs nur in Preußen, Universitätsreformen stattfanden, die, ähnlich wie die thesesianisch-josephinischen Reformen, eine Verstaatlichung, Rationalisierung und neue Produktivität des Bildungswesens und der Universität anstrebten⁵. Vermutlich war es gerade die Verbindung alter universitärer Freiheitsrechte mit massiven staatlichen Eingriffen, die erst ein Aufbrechen der festgefahrenen, unproduktiven Universitätsstrukturen ermöglichte. Die neu gedachte korporative Freiheit, nun interpretiert als Freiheit der Forschung und Lehre, war eine Voraussetzung für die Durchsetzung des Forschungsimperativs an deutschen Universitäten. Damit verbunden war ein Wandel des Wissenschaftsverständnisses, enzyklopädische Gelehrsamkeit wurde durch forschende spezialisierte Wissenschaft abgelöst. Dieser Übergang zur Forschungsuniversität war ein langwieriger Prozeß und erst um 1880 abgeschlossen⁶.

Die Bildungskonzeption des Neuhumanismus, die in einer wissenschaftlich-theoretischen und allseitigen Ausbildung das beste Rüstzeug für noch unvorhersehbare künftige Bedürfnisse der Gesellschaft sah, war zwar einflußreich auf dem Weg zur Forschungsuniversität. Doch werden diese ideellen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen meist überbewertet. Wie sich in der empirischen Analyse zeigt, waren es häufig gerade erst die praktischen Verwertungsmöglichkeiten von Wissenschaft und universitärer Ausbildung durch Staat und Gesellschaft, die den Anstoß zur Gründung neuer Lehrstühle und Seminare gaben und damit auch zur Entstehung der Forschungsuniversität beitrugen.

(Hrsg.), *Zwischen Josephinismus und Frühliberalismus: literarisches Leben in Südbaden um 1800* (Freiburg 2002) 559–570.

⁴ Siehe hierzu *Ernst Walter Zeeden*, Die Freiburger Philosophische Fakultät im Umbruch des 18. Jahrhunderts. Von der thesesianischen Reform bis zum Übergang des Breisgaus an Baden (1805). Ein Stück Universitätsgeschichte, in: *Clemens Bauer, Ernst Walter Zeeden, Hans-Günther Zmarzlik* (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Freiburger Philosophischen Fakultät* (Freiburg 1957) 9–139, 100; im folgenden zitiert: *Zeeden*, Philosophische Fakultät.

⁵ *James Denis Cobb*, *The Forgotten Reforms. Non Prussian Universities 1797–1817* (Madison 1980) 164ff.

⁶ *Sylvia Paetschek*, Verbreitete sich ein ‚Humboldt’sches Modell‘ an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert? in: *Rainer Christoph Schwinges*, *Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert* (Basel 2001) 75–104, bes. 86f.; im folgenden zitiert: *Paetschek*, Humboldt’sches Modell; *Marita Baumgarten*, Professoren- und Universitätsprofile im Humboldt’schen Modell des 19. Jahrhunderts, in: *Rainer Christoph Schwinges*, *Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert* (Basel 2001) 105–130, 115.

Freiburg war um 1800 eine der kleinsten Universitäten im Alten Reich. Sie gehörte zu Vorderösterreich und bildete die meist katholische akademische Elite für den Kirchen- und Verwaltungsdienst des alemannischen Teils Süddeutschlands, d.h. des näheren Einzugsgebiets der Universität, aus. Mit dem Übergang an Baden Ende 1805 drohte die Schließung Freiburgs, die jedoch durch die energische Intervention der Universität und vor allem aus ökonomischen Gründen – die Universität konnte nachweisen, daß sie sich gänzlich aus ihren Gefällen finanzieren konnte –, später auch aus konfessionellen Gründen, abgewendet werden konnte⁷. 1818 erhielt Freiburg ebenso wie Heidelberg eine verfassungsrechtliche Bestandsgarantie in der neuen badischen Landesverfassung⁸. 1832 wurde Freiburg kurzzeitig wegen burschenschaftlicher und politischer Umtriebe geschlossen. Mit der Neueröffnung wurde die Universitätsverfassung verändert und der führenden badischen Universität, Heidelberg, angeglichen. Bis 1919 erfolgten nur kleinere Veränderungen an der Universitätsverfassung, lediglich die Gründung der Naturwissenschaftlichen Fakultät 1911 war eine der entscheidenden Neuerungen. 1900 wurden, dies sei noch als Besonderheit vermerkt, in Freiburg die ersten Frauen offiziell an einer deutschen Universität zum Studium zugelassen, kurz darauf folgten die beiden anderen badischen Hochschulen Heidelberg und Karlsruhe⁹. In Tübingen war dies übrigens 1904, in Berlin 1908 der Fall.

Die tendenziell katholische Universität Freiburg erlebte zwischen den 1770er und 1830er Jahren massive Umgestaltungen. Sie hatte Herrschaftswechsel und die Konkurrenz mit der äußerst erfolgreichen badischen Schwesteruniversität Heidelberg zu verkraften. Tübingen hingegen war und blieb die einzige württembergische Landesuniversität, hatte aber ebenfalls ab den 1790er Jahren und insbesondere in den Jahren zwischen 1806 und 1811 grundlegende Reformen erfahren. Tübingen entsprach gegen Ende des 18. Jahrhunderts ganz dem Typus der Familienuniversität¹⁰, der hier, zusammen mit einer seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stagnierenden Studentenzahl, für die mangelnde Dynamik ursächlich zu sein schien. Die meisten Lehrstühle waren fest in der Hand der Universitätsfamilien wie etwa der Gmelins oder Authenrieths. Sie wurden möglichst an Söhne,

⁷ Das Problem Freiburgs war, daß bereits drei Jahre zuvor die zu diesem Zeitpunkt sehr marode, ehemals kurpfälzische Universität Heidelberg vom kleinen badischen Staat übernommen und kostspielig reorganisiert worden war. Eine zweite Universität erschien zunächst finanziell nicht tragbar. *Sandra Haas*, Die Freiburger Universität – eine badische Hochschule? Die Albert-Ludwigsuniversität in der Zeit von 1805–1815 (Magisterarbeit Freiburg 2007).

⁸ Vgl. zur weiteren Entwicklung als Überblick *Hans Fenske*, Existenzsorgen, Konflikte und kontinuierlicher Aufstieg. Die Universität von 1806 bis 1914, in: *Bernd Martin* (Hrsg.), Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (= 550 Jahre Albert-Ludwigs Universität Freiburg. Festschrift Bd.3, Freiburg 2007) 28–43; im folgenden zitiert: *Fenske*, Existenzsorgen, Konflikte und Aufstieg.

⁹ *Ute Scherb*, „Ich stehe in der Sonne und fühle, wie meine Flügel wachsen.“ Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Universität Freiburg von 1900 bis in die Gegenwart (Königstein 2002).

¹⁰ *Peter Moraw*, Vom Lebensweg des deutschen Professors (Mitteilungen der DFG 4, 1988) 1–12.

Schwiegersöhne, Neffen oder Brüder „vererbt“¹¹. Zudem machte Tübingen die Konkurrenz der 1782 neugegründeten, modernen Hohen Karlsschule in Stuttgart zu schaffen, die Universitätsprivilegien hatte und ein moderneres, stärker natur- und staatswissenschaftlich ausgerichtetes Fächerangebot bereit hielt. Nur der Schließung dieser Hochschule 1794 und den durch das evangelische Stift zum Studium in Tübingen gezwungenen Theologen verdankte Tübingen das Überleben in der Zeit des großen Universitätssterbens um 1800, das etwa die Hälfte der deutschen Universitäten dahinraffte.

Der desolate Zustand der Universität verlangte nach Veränderung, und beeindruckt durch die Entwicklung der Reformuniversitäten des 18. Jahrhunderts, Halle und Göttingen, versuchte Herzog Friedrich II., der spätere König Friedrich I. von Württemberg, seit Ende der 1790er Jahre eine Reorganisation der Universität Tübingen nach dem Modell einer staatlich kontrollierten Universität. Zwischen 1806 und 1811 wurde die Universität zur Staatsanstalt, ihre Privilegien aufgehoben, das Vermögen eingezogen, die Selbstverwaltung zurückgeschnitten und freierwerdende oder neue Professuren ohne Rücksprache mit der Universität besetzt. Durch die Errichtung neuer Lehrstühle und die Aussetzung von Preisaufgaben sollte der wissenschaftliche Fleiß angespornt werden. Bereits seit Ende der 1790er Jahre wurden neue Professuren geschaffen, vornehmlich in den „nützlichen“ Fächern, so in den Staatswissenschaften. 1806 erhielt Tübingen eine erste, bescheidene Klinik, 1811 wurde ein neues Ordinariat für deutsche Sprache und Literatur, das erste an einer deutschen Universität, gegründet.

1817 entstanden, motiviert durch die (katholischen) Gebietsgewinne Württembergs und den wachsenden Bedarf an Kameralisten und Verwaltungsfachleuten zwei neue Fakultäten, die staatswissenschaftliche sowie die katholisch-theologische Fakultät. Bereits 1863 wurde in Tübingen die erste naturwissenschaftliche Fakultät gegründet – Tübingen war damit Vorläuferin in der Abspaltung der naturwissenschaftlichen Fächer. Mit seinen damit sieben Fakultäten stand Tübingen einsam an der Spitze unter den deutschen Universitäten hinsichtlich der Fakultätszahl¹². Dem Modell der Gründung einer eigenständigen naturwissenschaftlichen Fakultät folgte als erstes die Reichsuniversität Straßburg 1872, dann Heidelberg 1890, in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende weitere Universitäten (wie z. B. Freiburg 1911). Die preußischen Universitäten hinkten in dieser Entwicklung hinterher, und dort wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg naturwissenschaftliche Fakultäten gebildet, in Berlin beispielsweise erst 1936. Die Herauslösung der Naturwissenschaften aus der Philosophischen Fakultät beförderte letztlich den Ausbau beider Fächergruppen, da der Widerstand gegen die Neugründung von Lehrstühlen in der alten Philosophischen Fakultät, der u. a. durch die Angst man-

¹¹ Zur Situation der Universität Tübingen zu Beginn des 19. Jahrhunderts siehe *Sylvia Paletschek*, Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Stuttgart 2001) 155–161; im folgenden zitiert: *Paletschek*, Permanente Erfindung.

¹² Zur Fakultätsstruktur siehe *Paletschek*, Permanente Erfindung 161–166.

cher Professoren vor Machtverlust und Kürzungen für das eigene Fach motiviert war, kleiner wurde.

Durch neue Lehrstuhlgründungen, Verfassungsänderungen und eine Erhöhung des Universitätsetats wurden zwar in den Jahrzehnten um 1800 Voraussetzungen für wirkungsvolle Veränderungen geschaffen, diese setzten sich in Tübingen aber nur langsam durch. Dies lag daran, daß der württembergische König – anders als die Ministerien in Baden, Hessen-Darmstadt oder Preußen – nicht radikal in die Besetzung von Lehrstühlen eingriff und die Familienuniversität fort dauerte. Erst in den 1820er Jahren griffen, folgt man Robert von Mohl, die Neuerungen, und mit einer neuberufenen Generation von jungen Gelehrten kam frischer Wind in die Universität.

Nach der Reformphase und nach zahlreichen Eingriffen wurden in Tübingen mit dem Universitätsstatut von 1829/31 die zuvor stark eingeschränkten Selbstverwaltungsrechte wiederhergestellt. Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Universitäten hielt die Tübinger Universitätsverfassung im 19. Jahrhundert an der kollegialen und tendenziell demokratischeren Konzil- oder Konsistoriumsverfassung fest, die sonst nur noch in Jena und Erlangen ähnlich stark ausgeprägt war, d.h. die aus sämtlichen Ordinarien bestehende Plenarversammlung war das entscheidende Kollegialorgan¹³. An den meisten deutschen Universitäten – so auch in Freiburg und an allen preußischen – herrschte die repräsentative Senatsverfassung vor, d.h. ein engerer Senat, dem in der Regel die Dekane oder ein gewähltes Mitglied jeder Fakultät sowie Rektor und Amtmann bzw. Kanzler angehörten, bildete das zentrale Entscheidungsorgan. Die 1912 neu verabschiedete Tübinger Universitätsverfassung reagierte auf die Geschäftsüberlastung von Fakultät und Senat und führte nun, ähnlich wie an den meisten anderen deutschen Universitäten, einen kleinen Senat ein, der nun für die wichtigen Amtsgeschäfte zuständig war. Außerdem wurden erstmalig an einer deutschen Universität mit dieser Verfassung den Nichtordinarien Mitbestimmungsrechte in Senat und Fakultät eingeräumt. Tübingen wirkte in manchem, z.B. im langen Festhalten an der Konzilsverfassung oder der noch bis 1863 bestehenden Eingliederung eines Teiles der naturwissenschaftlichen Lehrstühle in die Medizinische Fakultät, verpöft. Doch vermutlich führte diese verzögerte Modernisierung dazu, daß die Reformen dann, wenn sie kamen, besonders innovativ waren und den Entwicklungen an anderen Universitäten voraus eilten – etwa in der Gründung einer Naturwissenschaftlichen Fakultät oder der frühen Gewährung von Mitbestimmungsrechten an Nichtordinarien.

Für das badische Freiburg wie für das württembergische Tübingen galt, daß in den Universitätsreformen keineswegs Preußen oder auch Berlin das Vorbild war, denn die Reformen setzten teilweise bereits beträchtlich vor den preußischen ein und fanden erst gegen 1830 ihren Abschluß. In beiden Fällen waren die staatlichen Reorganisations- und Ausbaumaßnahmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch den Wunsch nach einer besseren Ausbildung der künftigen Staatsdiener und Mediziner bestimmt. Untersucht man, bei welchen anderen Universitäten sich Tübingen

¹³ Zur universitären Selbstverwaltung siehe *Paletschek*, Permanente Erfindung 166–178.

gen oder Freiburg im Laufe des 19. Jahrhunderts Rat einholten, wenn es etwa um die Einführung neuer Disziplinen, Studiengebühren, die Zulassung von Frauen, die Einrichtung von Seminaren etc. ging, so war das nicht an erster Stelle Berlin oder eine preußische Universität. In der Regel wurden die Universitäten ähnlicher Größe bzw. die Universitäten, die im nächsten Einzugsbereich lagen, zuerst angeschrieben, denn diese waren die primären Konkurrenten im Kampf um Studenten, und mit diesen suchte man sich zu verständigen oder sich anzugleichen. Berlin oder preußische Universitäten wurden in diesem Prozeß des Einholens von Informationen zwar auch befragt, aber nicht vordringlich. Interessant wäre zu erkunden, wen die Berliner Universität oder die beiden anderen großen Universitäten München und Leipzig anschrieben, wenn es um entsprechende Neuregelungen ging. Mit der Reichsgründung und vor allem seit den 1890er Jahren wurden allerdings preußische Regelungen – dies gilt etwa für die Bestimmungen zur Lehramtsprüfung oder zur Juristenausbildung – für Tübingen und Freiburg und damit auch für die Hochschul- und Schulpolitik dieser Länder immer wichtiger¹⁴. Dies war nicht nur der preußischen Hegemonie im Reich geschuldet, sondern auch der gestiegenen Studentenmobilität. Sowohl in Freiburg wie auch in Tübingen studierten viele aus Preußen gebürtige Studenten. Da sie in der Regel zum Examen dann wieder an eine preußische Universität zurückkehrten, mußten sie auch die entsprechenden Lehrveranstaltungen oder Fächer belegen können, damit sie weiterhin im „deutschen Ausland“ studieren konnten.

Die Berliner Neugründung 1810 sollte bekanntlich die nach dem Frieden von Tilsit 1807 in den altpreußischen Territorien verloren gegangenen Universitäten ersetzen und insgesamt zum Wiederaufstieg Preußens beitragen¹⁵. Die Berliner Universität war wie die anderen, in den Jahrzehnten um 1800 reformierten Universitäten als eine vom Staat zu dotierende Anstalt und nicht mehr als finanziell autonome Korporation gegründet worden, wie dies ursprünglich noch Wilhelm von Humboldt vorgesehen hatte. Betrachtet man die Berliner Universitätsverfassung, so kommt man mit Max Lenz zu dem Ergebnis, daß diese ihren Statuten nach „durchaus den überlieferten Formen der deutschen Universitäten nachgebildet“ war. In den Berliner Statuten schlug sich kein neues Universitäts- oder Wissenschaftsideal nieder. Der erste Entwurf des § 1 der Berliner Universitätsverfas-

¹⁴ Der Einfluß preußischer Regelungen seit den 1890er Jahren und das gestiegene Bedürfnis nach Austausch und Angleichung der Universitätsregelungen in den deutschen Einzelstaaten zeigen sich in der Einrichtung wie in den Diskussionen der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs. *Bernhard vom Brocke, Peter Krüger* (Hrsg.), *Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918* (Berlin 1991).

¹⁵ Zur Gründung der Universität Berlin siehe *Rüdiger vom Bruch*, *Die Gründung der Berliner Universität*, in: *Rainer Christoph Schwinges* (Hrsg.), *Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert* (Basel 2001) 53–74 (dort auch weitere Literatur); *Marc Schalenberg*, „... der deutschen Wissenschaft eine kaum noch gehoffte Freistatt eröffnen“ – Überlegungen zur Vorgeschichte und Gründung der Berliner Universität, in: *Gottfried Nees von Esenbeck – Politik und Naturwissenschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* (Acta Historica Leopoldina 43, 2004) 101–113.

sung von 1816 lautete: „So wie die Universität den gleichen Zweck hat mit allen deutschen Universitäten, nämlich die allgemeine und besondere wissenschaftliche Bildung gehörig vorbereiteter Jünglinge durch Vorlesungen und andere akademische Übungen zu vollenden und sie zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen, so soll sie ... die wesentlichen Rechte einer deutschen Universität genießen.“¹⁶

Das heißt, sowohl ihrer Aufgabenbestimmung nach wie auch in der Organisation ihrer Selbstverwaltung wurde die Berliner Universität den moderneren der deutschen Universitäten nachgebildet¹⁷. Die traditionelle Rangfolge der vier Fakultäten – Theologische, Juristische, Medizinische, Philosophische – wurde in den Statuten und im Universitätsalltag beibehalten, selbst wenn nach Schleiermachers programmatischer Schrift „Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn“ die Philosophische Fakultät nicht an letzter, sondern an erster Stelle stehen sollte, da sie nicht wie die anderen Spezialschule und mit Berufsausbildung verbunden sei, sondern der reinen Wissenschaft diene und die Einheit der Wissenschaften an der Universität über die Philosophische Fakultät hergestellt werde¹⁸.

Neu im Vergleich mit einigen der älteren deutschen Universitäten war, daß in Berlin als erster Universität die naturwissenschaftlichen Fächer nicht mehr auf die Medizinische und Philosophische Fakultät verteilt, sondern in der letzteren zusammengeführt worden waren. An den älteren Universitäten zählten entsprechend den Bedürfnissen der Mediziner Ausbildung die Lehrstühle für Botanik, Zoologie und Chemie zur Medizinischen Fakultät. Sie wurden nun in der Berliner Neugründung in die Philosophische Fakultät transferiert. Diese Neuerung wurde jedoch dadurch abgefedert, daß auch in Berlin zusätzlich Parallellehrstühle für Botanik bis ca. 1850 und für Zoologie bis Anfang des 20. Jahrhunderts in der Medizinischen Fakultät bestehen blieben¹⁹. Die Universitätsneugründungen im 19. Jahrhundert, so beispielsweise München 1826, übernahmen diese Zusammenführung aller Naturwissenschaften in der Philosophischen Fakultät. An den anderen deutschen Universitäten kam es zwischen den 1830er und 1880er Jahre sukzessive zu der Herauslösung der Naturwissenschaften aus der Medizinischen Fakultät und ihrer Eingliederung in die Philosophische.

Da die Berliner Universität eine Neugründung war, konnten hier auch, rascher als an den Traditionsuniversitäten, wo gewachsene Machtstrukturen und Privilegien nicht so schnell aufgebrochen werden konnten, Neuerungen durchgesetzt werden. Es mußte nicht erst der Einfluß von Kirche oder Universitätsfamilien gebrochen werden. Die Erneuerung wurde zudem forciert durch die in Berlin bis in

¹⁶ Siehe Max Lenz, Geschichte der Königlich Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. 1 (Halle 1910) 436; im folgenden zitiert: Lenz, Geschichte Universität Berlin.

¹⁷ Vgl. dazu ausführlicher Sylvia Paetschek, Humboldt'sches Modell 75–104, bes. 78–88.

¹⁸ Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende (Berlin 1808) bes. 147–153.

¹⁹ Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Göttingen 1997) 77; im folgenden zitiert: Baumgarten, Professoren und Universitäten; Paetschek, Humboldt'sches Modell 84.

die 1840er Jahre gängigen staatlich oktroyierten Lehrstuhlbesetzungen. Diese massiven Eingriffe in die korporativen Selbstergänzungsrechte fanden in der Reformphase auch an anderen Universitäten, so etwa in Heidelberg und Freiburg, statt, doch vermutlich nicht so lange und intensiv wie in Berlin.

Am folgenreichsten an der Berliner Universitätsgründung war, daß sie letztlich kein radikales neues Konzept verfolgte, sondern die modernisierte Gestalt bereits bestehender deutscher Universitäten, die dem Vorbild Halles und Göttingens gefolgt waren, übernahm und fortführte. Sie hielt an der auf das Mittelalter zurückgehenden Vorstellung von der Einheit der Wissenschaften in der Universität fest, ebenso wie – motiviert auch aus Kostengründen – am bisher üblichen, theoretisch-wissenschaftlichen Unterricht.

Berlin war im 19. Jahrhundert, ich habe dies an anderer Stelle dargelegt und neuere empirische Studien zur Universitätsentwicklung von Marita Baumgarten oder Markus Huttner argumentieren in eine ähnliche Richtung, keineswegs das Vorbildmodell einer Universität, der alle anderen nachfolgten, wie immer noch in den gängigen Handbuchartikeln zu lesen ist²⁰. Die sogenannten Humboldtschen Universitätsreformen waren Teil einer breiten, sämtliche deutsche Staaten erfassenden Universitätsreformwelle um 1800, und es sollte mit dem Blick auf das 19. Jahrhundert daher nicht von einem Humboldtschen, sondern besser lediglich von einem deutschen Universitätsmodell gesprochen werden. Das 19. Jahrhundert maß Wilhelm von Humboldt und der Berliner Neugründung keine entscheidende Bedeutung in der Universitätsreformdiskussion zu. Dies bezeugt der Blick in die recht breite Universitätsreformdiskussion, ebenso wie in Konversationslexika oder Staatsrechthandbücher. Aus wenigen, im nachhinein und erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts als kanonisch konstruierten Grundlagentexte von Fichte, Schleiermacher und Wilhelm von Humboldts – erst jetzt wurde sein unvollendeter, nur ca. 10 Seiten kurzer Text über die „Innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ erstmals publiziert – wurde in ideengeschichtlicher Exegese die „Weltgeltung“ der deutschen Universitäten aus dem Berliner Reformmodell und der preußischen Universitätsreform abgeleitet, ohne dies durch universitätsgeschichtliche Studien je nachzuprüfen²¹.

Frequenzentwicklung und Schwerpunkte in der Fächerwahl

Die Anzahl der Studierenden – nicht Drittmiteleinwerbungen oder Publikationszahl – war die entscheidende Orientierungsgröße im Universitätsranking des

²⁰ Baumgarten, Professoren und Universitäten; Markus Huttner, Humboldt in Leipzig? Die ‚Alma Mater Lipsiensis‘ und das Modell der preußischen Reformuniversität im frühen 19. Jahrhundert, in: Manfred Hettling, Uwe Schirmer, Susanne Schötz (Hrsg.), Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag (München 2002) 529–561.

²¹ Sylvia Paetschek, Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Historische Anthropologie 10, 2002) 183–205.

19. Jahrhunderts, und den Zeitgenossen war dies sehr wohl bewußt. Gerade in kleinen Universitätsstädten wie Tübingen wurden Abweichungen nach oben oder unten im Ranking genauestens verfolgt. Studenten brachten viel Geld in die Stadt. Sie mußten für die besuchten Lehrveranstaltungen zahlen, d.h. an den größten Universitäten war das Einkommen der Professoren auch am höchsten, da sie auf ein beträchtliches Kolleggeld rechnen konnten. Dies sowie eine gute räumliche und technische Ausstattung und die Perspektive, eine große Zahl von Studenten mit der Vorlesung prägen zu können, machte das Renommee der großen Universitäten aus und führte dazu, daß sie in der Regel Professoren von mittleren Universitäten, manchmal auch von einer anderen großen, abwerben konnten.

Vergleicht man unsere drei Universitäten im 19. Jahrhundert hinsichtlich ihrer Frequenzentwicklung, so sind Freiburg und Berlin Gewinnerinnen, Tübingen fällt seit den 1890er Jahren zurück (vgl. Tabelle 1, Anhang). Die Entwicklung der Studierendenfrequenz und die Beliebtheit einer Universität hingen von vielen Faktoren ab und waren keineswegs direkter Ausdruck ihrer wissenschaftlichen Qualität. Wichtig waren die Universitätsdichte des Umfeldes, der Grad des Wohlstands einer Gesellschaft, die Bevölkerungs- und Bildungsentwicklung im unmittelbaren Einzugsbereich, ferner die Fachtradition, die generelle Studentenmobilität und nicht zuletzt der „Zeitgeist“²². Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verzeichneten in Großstädten gelegene Universitäten sowie die sogenannten Freizeituniversitäten, d.h. die Universitätsstädte, die in einer schönen Umgebung lagen und gleichzeitig aber auch ein großstädtisch-bürgerliches Kulturleben zu bieten hatten, den höchsten Zuwachs in der Studentenfrequenz. Berlin als Großstadt profitierte von diesem Trend, ebenso aber Kiel und vor allem Freiburg. Freiburg entwickelte seit den 1880er Jahren durch den Zuzug reicher Hanseaten und Pensionäre, die vor der Cholera in die Schwarzwaldstadt geflohen waren, und durch eine in der Ära des Oberbürgermeister Winterer gezielt eingeleitete Bau- und Kulturpolitik ein großbürgerliches Flair²³.

In vielen Darstellungen wird die Frequenzentwicklung mit der Qualität des Lehrkörpers in Verbindung gebracht, doch darf hier Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden: Die Professoren folgten den Studenten, nicht umgekehrt. Die wenigsten Studenten wählten, ähnlich wie heute, aus Fachkenntnis heraus und wegen bestimmter Professoren eine Universität. Familientradition, finanzielle Möglichkeiten, Entfernung vom Wohnort, die Bedingung, das Examen an einer Universität des deutschen Heimatstaats abzulegen, um Zugang zum Staatsdienst zu bekommen, die Attraktivität der jeweiligen Stadt und Landschaft etc. spielten meist eine größere Rolle.

Zur Frequenzentwicklung in Berlin (vgl. Tabelle 1, Anhang): Ab Mitte der 1830er Jahre war Berlin mit ca. 2000 Studenten, eine Zahl, die dann erst wieder in

²² Paletschek, *Permanente Erfindung* 68–73.

²³ Heiko Haumann u.a., *Industriestadt oder „Pensionopolis“? Im Kaiserreich (1871–1914)*, in: Heiko Haumann, Hans Schadek (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau*, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zu Gegenwart (Stuttgart 1992) 165–254.

den 1860er Jahren erreicht wurde, kurzfristig erstmals zur größten deutschen Universität geworden und hatte das ebenfalls neu gegründete München, aber auch die lange an erster Stelle stehende Reformuniversität Göttingen überrundet. Zwischen den 1830er und 1880er Jahren konnten die beiden anderen Groß(stadt)universitäten Berlin zwar noch zeitweise überflügeln – so München in den 1850er Jahren und Leipzig in den 1870er Jahren. Seit den 1880er Jahren war Berlin dann aber bis 1945 unangefochten die größte deutsche Universität²⁴. Zwischen 1830 und 1941 studierten im Mittel knapp 15% aller deutschen Studenten in Berlin²⁵. Vergleicht man die Berliner Frequenzentwicklung mit der aller Studierender an deutschen Universitäten sowie mit Tübingen und Freiburg, so zeigen sich charakteristische Unterschiede. Der Einbruch der Studierendenzahlen in den 1850er Jahren war in Berlin vergleichsweise hoch. Hartmut Titze führt hierfür das Abtreten der ersten Hochschullehrergeneration, finanzielle Kürzungen, Lehrstuhlstreichungen und politische Verfolgung als Gründe an²⁶. Überprüft werden müsste aber auch, ob dies nicht eine Zeit des in Preußen besonders ausgeprägten Abschwungs der Studenzahlen war und sich diese zyklischen Frequenzschwankungen in Berlin besonders drastisch äußerten.

Seit den 1860er Jahren kehrte sich diese Entwicklung wieder um, und in Berlin war nun der Zuwachs der Studierendenzahlen überdurchschnittlich hoch. So betrug er 1870 etwa das sechsfache des gesamtdeutschen Wertes (vgl. Tabelle 1, Anhang). Vermutlich machte sich hier die Gründung des Norddeutschen Bundes, die Annexion norddeutscher Territorien durch Preußen sowie die Reichsgründung bemerkbar, da sich so das Einzugsgebiet preußischer Universitäten vergrößerte. Auch profitierte Berlin nun vom Großstadtbonus. Gemessen an den Zuwachsraten waren die Jahre zwischen ca. 1860 und 1890 die goldenen Berliner Jahre. Seit den 1890er Jahren flachten die Zuwachsraten der Berliner Universität ab, und diese lagen nun sogar leicht unter den reichsweiten Werten. Die Universität konnte als größte deutsche Universität ihre Attraktivität, gemessen an den Studierendenzahlen, zwar problemlos aufrecht erhalten, sie konnte sie aber in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende nicht noch weiter ausbauen.

Nicht alle Disziplinen waren an den einzelnen deutschen Universitäten gleichermaßen gut besucht, und es zeichnete sich eine gewisse Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung zwischen den Universitäten ab. So waren etwa Halle oder Tübingen Hochburgen der evangelischen Theologie, in Würzburg und Greifswald waren die Medizinstudenten gemessen an der sonstigen Größe überrepräsentiert, in Göttingen die Naturwissenschaftler, in Heidelberg die Juristen. Diese Schwerpunktbildung zeigte sich allerdings eher an den mittleren und kleinen, jedoch nicht

²⁴ Zahlen und Auflistung der Rangfolge der Universitäten nach *Hartmut Titze* (Hrsg.), *Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945*, Bd. I, 2 (Göttingen 1995) siehe dort Tabelle 8: Rangfolge der deutschen Universitäten nach Studierendenzahl, Personalzahl und Betreuungsrelation 1830–1941 63–64; im folgenden zitiert: *Titze*, Datenhandbuch.

²⁵ *Titze*, Datenhandbuch, Tabelle 1, 32–33.

²⁶ *Titze*, Datenhandbuch 72.

so deutlich bei den drei großen Universitäten. Für Berlin kann man festhalten, daß hier aufgrund der Größe der Universität im Zeitraum zwischen 1830–1941 selbstverständlich in absoluter Zahl die meisten Studierenden eines jeden Faches – mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften – anzutreffen waren²⁷. Betrachtet man jedoch die relativen Anteile an den Einzeldisziplinen im Vergleich mit den Anteilen Berlins an der Gesamtstudentenzahl, so zeigt sich, daß Jura sowie die Fächer der Philosophischen Fakultät – dies gilt für Geistes- wie die Naturwissenschaften – überproportional besucht waren (vgl. Tabelle 2, Tabelle 3, Anhang). In Berlin bildete sich hinsichtlich der Studentenfrequenz also ein leichter Schwerpunkt in den Rechtswissenschaften und in den Fächern der alten Philosophischen Fakultät heraus, während evangelische Theologen und Wirtschaftswissenschaftler etwas geringer vertreten waren.

Daß die Philosophische Fakultät in Berlin überdurchschnittlich gut besucht war, lag nicht nur an den berühmten Lehrkräften, sondern hing auch mit der Vorreiterrolle Preußens im Ausbau des sekundären Bildungswesens und mit der Professionalisierung der Lehrerbildung zusammen²⁸. Erst in dem Maße, wie die höhere Schulbildung ausgebaut, das propädeutische Studium an der Philosophischen Fakultät abgeschafft und die Lehrerbildung professionalisiert wurde, konnte die Philosophische Fakultät ihrem Rang nach mit den anderen „berufsbildenden“ Fakultäten gleichziehen. Sie wurde zur Fakultät für Gymnasiallehrerbildung und konnte erst jetzt ein eigentliches Studentenklientel ausbilden, das nur ihre Fächer studierte. Preußen, das bereits 1810 erste Regelungen für die Trennung der Gymnasiallehrer- von der Theologenausbildung erließ, ging hier voran – und davon profitierte auch die Frequenz der Geistes- und Naturwissenschaften in der Berliner Philosophischen Fakultät. Dies wird vor allem im Vergleich mit der sehr viel bescheideneren Frequenzentwicklung der Philosophischen Fakultäten in Tübingen und Freiburg deutlich, die vor allem mit der anderen Organisation des sekundären Bildungssektors und der Lehrerbildung in Baden und Württemberg zusammenhing, wie sich weiter unten noch zeigen wird.

Tübingen lag den Studentenzahlen nach bis zu den 1880er Jahren im oberen und obersten Mittelfeld und war zeitweise die fünftgrößte Universität in Deutschland (siehe Tabelle 1, Anhang). Auch Tübingen hatte in den 1870er Jahren einen enormen Aufschwung der Frequenz zu verzeichnen, den es vor allem dem starken Zuwachs „ausländischer“ Studenten verdankte, d. h. den nicht-württembergischen Studenten aus anderen deutschen Einzelstaaten, die nun fortan zwischen 30 bis 40% stellten²⁹. Seit den 1890er Jahren machte sich die reichsweit in diesen Jahren

²⁷ Die erst 1919 eröffnete Universität Köln lag im langjährigen Mittel der Jahre 1830–1940 mit ganz leichtem Vorsprung vor Berlin an erster Stelle in der Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften – sie bildete 13,44% aller Wirtschaftswissenschaftler aus, Berlin 13,36% (*Titze*, Datenhandbuch, Tabelle 1, 33). Dies erklärt sich vermutlich dadurch, daß sich in diesem Fach nach 1900 eine starke Schwerpunktbildung zeigte, die vor allem den neugegründeten Hochschulen zugute kam.

²⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Lundgreen in diesem Band.

²⁹ *Paletschek*, Permanente Erfindung 95–105.

zu verzeichnende Stagnation der Studentenzahlen in Tübingen sehr viel schärfer bemerkbar als andernorts, und die Tübinger Studierendenzahl wuchs unterdurchschnittlich. Um 1910 war die Universität auf den zwölften Rang zurückgefallen. Während sich im Mittel der deutschen Universitäten – und so auch in Berlin – die Frequenz zwischen 1870 und 1914 etwa vervierfachte, hatte sie sich in Tübingen lediglich verzweieinhalbfacht. Die Zeitgenossen erklärten das Zurückfallen Tübingens mit der seit den 1880er Jahren „scharf zu Tage“ tretenden Konzentration der Studenten auf die großen und in Großstädten gelegenen Universitäten. Auch andere Universitäten mittlerer Größe, die wie Tübingen nicht in einer größeren Stadt gelegen und schlecht an das Verkehrsnetz angebunden waren, profitierten weniger vom Studentenboom des Kaiserreichs. Verkehrslage und Attraktivität einer Stadt, so schon Franz Eulenburg 1904, seien entscheidend für den Erfolg einer Universität: „Auch das geistige Leben folgt dem Verkehrswege“ – und dieses Gesetz habe sich im 19. Jahrhundert mit „noch elementarerer Gewalt“ Bahn gebrochen³⁰.

Erschwerend kam für Tübingen noch hinzu, daß es einen Schwerpunkt in der Theologenausbildung hatte – und gerade dieses Studium mit der fortschreitenden Säkularisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft stark rückläufig war. Dagegen profitierten Universitäten, die Mediziner- oder Juristenhochburgen waren, vom zunehmenden Trend zu diesen Berufen, der mit dem steigenden Wohlstand und dem institutionellen Ausbau der Gesellschaft einherging. Da zudem in Württemberg die Lehrerausbildung erst relativ spät gänzlich von der Theologenausbildung getrennt wurde, stiegen in Tübingen auch erst sehr spät die Studierendenzahlen in der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät an. Diese waren in Tübingen bis etwa 1900 unterdurchschnittlich besucht, was den Ausbau und die Ausdifferenzierung dieser Disziplinen in Tübingen nicht unbedingt begünstigte. Erst nach 1900 war in diesen Fächern in Tübingen ein rasanter Anstieg der Studierenden zu verzeichnen. Neben der Theologie hatte Tübingen in der Arbeitsteilung der deutschen Universitäten bis zum Ersten Weltkrieg einen Schwerpunkt in der Nationalökonomie. Jura und Medizin waren, wie es sich auch für eine alleinige Landesuniversität gehörte, gut und entsprechend dem reichsweiten Mittelwert besucht.

Freiburg verzeichnete seit den 1880er Jahren einen einzigartigen Zuwachs an Studenten (siehe Tabelle 1, Anhang). Es wies die höchste Frequenzsteigerung von allen deutschen Universitäten auf, und zwischen 1870 und 1914 vervierzehnfachten sich die Studierendenzahlen, während sie sich reichsweit „nur“ vervierfachten³¹. Freiburg war um 1870 noch eine der kleinsten deutschen Universitäten – nur Kiel und Rostock waren zu diesem Zeitpunkt noch kleiner. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, d. h. innerhalb von drei Jahrzehnten, war Freiburg dann zur fünftgrößten deutschen Universität herangewachsen, hatte Heidelberg überflügelt und ran-

³⁰ Franz Eulenburg, *Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart* (Leipzig 1904) 272, 264.

³¹ Das prozentuale Wachstum der Freiburger Studentenzahlen im Kaiserreich fällt auch deshalb so hoch aus, weil die Berechnungen die geringe Studentenzahl um 1870 zum Ausgang nehmen.

gierte gleich hinter den Großstadtuniversitäten. „Professor Feldberg“ und „Professor Schauinsland“ holten die Studenten nach Freiburg³². Die Studenten schätzten Freiburg wegen der landschaftlich reizvollen Lage zwischen Schwarzwald, Kaiserstuhl, Markgräfler Land und Rheinebene, wegen der schönen Stadt, dem relativ jungen und modernen Lehrkörper, dem liberalen Charakter der Universität, dem preiswerten Leben und der freundlichen Freiburger Bevölkerung. Freiburg war von norddeutschen und preußischen Studenten über Straßburg, das vielen als zu teuer und unfreundlich galt, entdeckt worden. Daß „noch immer ein verschwindend kleiner Bruchteil der Studenten ... einer Spezialität oder eines berühmten Spezialisten wegen gerade eine bestimmte Universität aufsucht“³³ und „daß auch die bedeutendsten Lehrer und Gelehrten nicht eine solche Steigerung der Zuhörer und in so dauerhafter Weise hervorrufen können“, war den Zeitgenossen klar³⁴.

Freiburg wurde damit seit den 1880er Jahren zu einer begehrten Aufstiegsuniversität, die Professoren zwar nicht von den Großstadtuniversitäten, aber von den kleineren und vielen der mittleren Universitäten wegberufen konnte und so beispielsweise mit Tübingen, Straßburg und Heidelberg einen regen Professorenaustausch unterhielt³⁵. Mit den gesellschaftlichen Veränderungen und dem Frequenzwachstum seit den 1880er Jahren ging in Freiburg eine veränderte Fächerwahl der Studierenden einher, die sich vor allem im dramatischen Bedeutungsverlust der katholischen Theologie abzeichnete. Um 1870 studierten noch 50% der Freiburger Studenten katholische Theologie. Seit den 1880er Jahren schwankte der Anteil der Theologiestudenten zwischen 9–16%, und sie waren damit zur zahlenmäßig kleinsten Fakultät geworden. Die Juristen stellten um 30% der Studenten, die Mediziner zwischen 30–40%, und die Studierenden der Philosophischen Fakultät wuchsen auf ca. 20–30% an³⁶. Freiburg entwickelte sich im Kaiserreich von einer katholischen Theologienuniversität zu einer Medizinerhochburg, und im Gefolge der Medizin wurden auch die Naturwissenschaften zügig ausgebaut.

Exkurs: Neuregelungen des sekundären Bildungswesens und der Lehrerbildung als Voraussetzungen für den Aufstieg der Philosophischen Fakultät

Am Freiburger Beispiel kann gezeigt werden, wie wichtig Lehrerprüfungsordnungen und die Neuordnung des sekundären Bildungswesens für die Universitäten, ihre Frequenzentwicklung, aber auch den Disziplinausbau, die Verwissenschaftlichung und Spezialisierung in den Geisteswissenschaften waren. In Freiburg

³² Fritz Baumgarten, Die deutschen Hochschulen. Freiburg im Breisgau, Bd.I (Berlin 1907) 147.

³³ Die Eröffnung des KG I, in: Kölnische Zeitung Nr. 1175, 16. 10. 1911.

³⁴ Heinrich Finke, Badische Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., in: Das akademische Deutschland, Bd. 1 (Berlin 1930) 127–136, zit. 134.

³⁵ Siehe dazu Baumgarten, Professoren und Universitäten 210.

³⁶ Zahlen nach Tütze, Datenhandbuch, Tabelle 8.1, 186f.

mußten die Studenten bis in die 1830er Jahre hinein das sogenannte Biennium, d. h. ein der Allgemeinbildung dienendes zweijähriges Studium aller Fächer der Philosophischen Fakultät, absolvieren, bevor sie zu einem „Brotstudium“ in den drei höheren Fakultäten zugelassen wurden³⁷. 1836 wurde in Baden nicht nur das Abitur Zugangsvoraussetzung für die Universität, sondern es wurden zudem in einem Erlaß die Gelehrtenschulen neu organisiert. Schüler sollten nach Besuch der Oberstufe sofort und ohne das philosophische Propädeutikum zu absolvieren, mit ihren Fachstudien, d. h. Theologie, Jura oder Medizin, beginnen können. Dieser Erlaß hatte zur Folge, daß der Universität „mit einem Schlag fast ihre gesamte philosophische Frequenz entzogen“ wurde und viele der philosophischen Kollegien nur noch 5–8 Studenten hatten³⁸. Dies hatte einen verheerenden Frequenzeinbruch der Universität zur Folge. Waren um 1830, also vor dem Erlaß, noch ca. 25% der Freiburger Studenten, in absoluten Zahlen etwa 150, in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, so schrieben sich bis zur Mitte der 1870er Jahre im Durchschnitt nur knapp 9% in diesen Fächern ein; das waren maximal 30 bis 50 Studenten pro Semester³⁹. Es dauerte bis Mitte der 1870er Jahre, ehe der dem Wegfall des Propädeutikums geschuldete Frequenzeinbruch wieder aufgeholt war. Ende der 1870er Jahre stellte die Philosophische Fakultät dann schon wieder 20% der Freiburger Studentenklientel. Daß die Philosophische Fakultät nach einer Durststrecke von fast drei Jahrzehnten wieder an ihre ehemals hohen Werte anknüpfen konnte, lag allein daran, daß es durch den steigenden Lehrbedarf, die Professionalisierung der Lehrerausbildung und deren Loslösung vom Theologiestudium⁴⁰ gelungen war, ihre Studienfächer in ein Berufsstudium, das des Lehrers, münden zu lassen. 1837 wurde in Baden eine erste provisorische Prüfungsordnung für Lehrer an Gelehrtenschulen erlassen, die den Zugang von Theologen zum Lehramt einschränkte und von allen Kandidaten eine Staatsprüfung verlangte⁴¹. Doch konnten nach dieser ersten Lehrerprüfungsordnung von 1837 noch kurssorisch alle Gegenstände der Philosophischen Fakultät abgeprüft werden, d. h. Philologie, Geschichte, Mathematik, Naturgeschichte, Physik, Logik und Metaphysik

³⁷ Das Abitur als Abschlußprüfung wurde zwischen den 1820er und 1830er Jahren in den deutschen Staaten – in Baden 1836 – zur Zugangsvoraussetzung für die Universität. *Titze*, Datenhandbuch 18; *ders.*, Der Strukturbruch in der höheren Bildung im 19. Jahrhundert, in: *Rainer Schwinges*, *Artisten und Philosophen. Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte eine Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert* (Basel 1999) 351–374, 357.

³⁸ *Hermann Mayer*, *Geschichte der Universität Freiburg in Baden in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Teil III: 1830–1852* (Bonn 1894) 38.

³⁹ Tiefstwerte wurden z. B. im WS 1841/42 mit nur 2,2% der Studenten (bei der niedrigen Gesamtstudentenzahl von 273 waren das lediglich ca. 6 Studenten) erreicht.

⁴⁰ Nach der Einführung des Staatsexamens für die Lehrer an höheren Schulen – so beispielsweise 1810 in Preußen – setzt sich allmählich ein eigenständiger Lehrerbildungsgang durch. Doch erst in den 1860er Jahre hatte sich die Lehrerbildung tatsächlich von der Theologenausbildung abgekoppelt, wobei in einigen deutschen Staaten (z. B. Württemberg) noch teilweise bis zur Jahrhundertwende das Theologiestudium den Weg in die Gymnasiallehrerlaufbahn ermöglichte. Zur Lehrerausbildung siehe auch *Titze*, *Datenhandbuch* 23.

⁴¹ Großherzogliches Badisches Staats- und Regierungs-Blatt, N. VIII, 20. 3. 1837.

sowie Pädagogik. Theoretisch konnten zwar Schwerpunkte gesetzt werden, doch wegen des großen Anteils, den die klassische Philologie im Schulunterricht einnahm, wurde vor einer Spezialisierung in einem anderen Fach gewarnt. Noch um 1870 wurde ein Studium an der Philosophischen Fakultät, in dem nicht ein eindeutiger Schwerpunkt auf die klassische Philologie, sondern auf neuere Sprachen oder auch auf Geschichte oder Naturwissenschaften gelegt wurde, als etwas völlig Neuartiges empfunden⁴². Erst die amtliche badische Lehrerprüfungsordnung von 1867 gab längerfristige Impulse für die Ausdifferenzierung und den Ausbau der Geisteswissenschaften in der Philosophischen Fakultät, da nun neben der Hauptprüfung in klassischer Philologie ein ergänzendes Fachexamen in einem anderen Fach, also z.B. in Geschichte oder deutscher Sprache, abgelegt werden konnte⁴³. Außerdem verlangte die Prüfungsordnung nun die aktive Teilnahme an zwei philologischen Übungen oder einer historischen Seminarveranstaltung, was die Einrichtung von Seminaren und damit eine stärker an Forschung orientierte Lehre an den Universitäten begünstigte.

Diese neuen Bestimmungen fruchteten nicht gleich: Fünf Jahre nach diesem Erlaß herrschte immer noch die einseitige Betonung der klassischen Sprachen vor, und es war, wie der Freiburger Neuphilologe Ernst Martin 1872 beklagte, erst „etwa ein halbes Dutzend Mal“ das deutsche Fachexamen absolviert worden⁴⁴. Wie Uwe Meves am Beispiel der preußischen Verhältnisse zeigen konnte, gab es in Preußen zwar seit 1862 die Verordnung, daß im Staatsexamen die Kenntnisse in der Geschichte der deutschen Sprache abgeprüft werden sollten⁴⁵. Doch wurde diese Vorgabe lange nicht umgesetzt, weil kein Neuphilologe in der Prüfungskommission saß, sondern lediglich Altphilologen oder Philosophen, die jedoch diese Kenntnisse nicht abfragten. Da die Studenten dies wußten, beschäftigten sie sich nicht damit, und nur ganz wenige wählten Deutsch als Hauptfach. Hier wird noch einmal deutlich, warum zunächst sehr prosaisch und nebensächlich anmutende Faktoren wie Lehrerprüfungsordnungen und die Besetzung von Prüfungskommissionen für den Prozeß der Ausdifferenzierung und Verwissenschaftlichung von Disziplinen – und damit letztlich auch für die Entstehung der Forschungsuniversität – wichtig waren. Der Trend zur fachlichen Spezialisierung setzte sich in den badischen Lehrerprüfungsordnungen von 1889 und 1903 fort⁴⁶. Die Verände-

⁴² Hans Helmut Christmann, Romanistik und Anglistik an der deutschen Universität im 19. Jahrhundert: ihre Herausbildung als Fächer und ihr Verhältnis zur Germanistik und zur klassischen Philologie (Stuttgart 1985) 23.

⁴³ Großherzogliches badisches Regierungsblatt, Nr. V, 19. I. 1867.

⁴⁴ Ernst Martin, Das historische Studium der neueren Sprachen und seine Bedeutung für den Schulunterricht zunächst für Baden (Freiburg 1872) 23.

⁴⁵ Uwe Meves, Zum Institutionalisierungsprozeß der Deutschen Philologie: Die Periode der Lehrstuhlerichtungen (von ca. 1810 bis zum Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts), in: Jürgen Fohrmann, Wilhelm Vosskamp (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte der Germanistik im 19. Jahrhundert (Weimar 1994) 115–202.

⁴⁶ Vgl. dazu ausführlicher Sylvia Paetschek, Geisteswissenschaften in Freiburg im 19. Jahrhundert: Expansion, Verwissenschaftlichung und Ausdifferenzierung der Disziplinen, in: Bernd Mar-

rungen in Prüfungsordnung und -praxis nach der Jahrhundertwende ermöglichten sukzessive eine stärkere Spezialisierung und eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung der angehenden Lehramtskandidaten. Die Zahl derjenigen, die eine wissenschaftliche Karriere anstrebten, die promovierten und schließlich habilitierten, erhöhte sich, und dies trieb wiederum die Wissensproduktion und die Spezialisierung weiter voran.

Diese Ausführungen zur Frequenzentwicklung der drei Universitäten zeigen, daß die Höhe der Studentenzahl und damit die Qualität einer Universität sehr stark abhängig war von äußeren, strukturellen Faktoren wie der Verkehrsentwicklung oder der sich mit dem „Zeitgeist“ wandelnden Attraktivität der Stadt und Umgebung. Ferner waren der Einzugsbereich der Universität, ihr Fächerprofil, der Bildungsausbau des jeweiligen Einzelstaates und anderes mehr entscheidend. Berlin und Freiburg konnten sich hier gegen Ende des 19. Jahrhunderts eindeutig Standortvorteile verschaffen gegenüber anderen deutschen Universitäten wie etwa Tübingen, die vom Frequenzaufschwung nicht so profitierten, was Einbußen im Anwerben bekannter Professoren nach sich zog. War man vor 1900 noch von Freiburg nach Tübingen gegangen, so hatte sich, wie der Historiker Georg von Below festhielt, die Marschrichtung innerhalb weniger Jahre umgekehrt, und Freiburg konnte nun Professoren von Tübingen, Heidelberg und Straßburg wegberufen⁴⁷.

Ausdifferenzierung der Disziplinen in der Philosophischen Fakultät

Die Entstehung und Institutionalisierung neuer Disziplinen an der Universität war ein höchst komplexer, sich über viele Jahrzehnte hinziehender Prozeß. Idealtypisch kristallisierten sich hierbei verschiedene Etappen heraus⁴⁸: Das Frühstadium der Spezialisierung und Disziplinbildung begann zunächst mit der Gründung von Fachzeitschriften, die ein Austauschforum für die meist autodidaktisch gebildeten oder aus anderen Disziplinen kommenden Gelehrten darstellten. Die Institutionalisierung an der Universität begann meist mit der Habilitation eines Privatdozenten für das neue Fach, das dieser dann als nicht vom Staat alimentierter, lediglich das Kolleggeld der Studenten erhaltender Fachvertreter repräsentierte. Nächster Schritt war die Errichtung eines besoldeten planmäßigen Extraor-

tin (Hrsg.), Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (= 550 Jahre Albert-Ludwigs Universität Freiburg. Festschrift Bd. 3, Freiburg 2007) 44–71.

⁴⁷ Georg von Below, Selbstdarstellung, in: Sigfried Steinberg (Hrsg.), Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen (Leipzig 1925) 37.

⁴⁸ Frank R. Pfetsch, Die Institutionalisierung medizinischer Fachgebiete im deutschen Wissenschaftssystem, in: ders., Avraham Zloczover, Innovation und Widerstände in der Wissenschaft (Düsseldorf 1973) 9–90; zu den Konflikten und Widerständen gegen die Errichtung neuer Lehrstühle am Beispiel der Universität Heidelberg siehe Reinhard Riese, Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860–1914 (Stuttgart 1977) 97–152, 193–241.

dinariats, das nach einigen Jahren zum Ordinariat umgewandelt wurde. Das Ordinariat war lediglich Ausdruck der Festschreibung einer bereits akzeptierten Spezialisierung. Flankiert und befördert wurde der Disziplinbildungsprozeß durch die Gründung von Fachgesellschaften, wichtig war ferner die Aufnahme des neuen Faches in Prüfungsordnungen. Die Seminar- oder Institutsgründung stellte eine weitere entscheidende Station in der Verwissenschaftlichung dar, da nun über dialogischen Seminarunterricht oder Versuche im Labor die Studierenden direkt an die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse herangeführt werden konnten.

Den Ausbau und die Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen im 19. Jahrhundert führte keine einzelne Universität und auch nicht Berlin an. Wie Marita Baumgarten gezeigt hat, teilten sich die großen und mittelgroßen, meist preußischen Universitäten in Berlin, Bonn, Halle, Breslau, ferner Göttingen, Tübingen und die 1872 gegründete Reichsuniversität Straßburg diese Vorreiterrolle⁴⁹. Meist, aber nicht immer, führten preußische Universitäten – seien es kleine, mittlere oder große – diesen Prozeß der Lehrstuhlneugründung an. Preußen konnte in der zweiten Jahrhunderthälfte beim Fächerausbau durch die große Zahl seiner Universitäten leichter Schwerpunkte setzen als andere deutsche Einzelstaaten. Territoriale Zugehörigkeit und Studentenfrequenz wirkten dabei zusammen, d. h. eine hohe Studentenfrequenz beförderte auch den Ausbau der Disziplinen.

Bislang fehlt leider eine systematische Aufstellung der Gründungsdaten der Professuren für die einzelnen Universitäten und Disziplinen. Dabei müßte nicht nur das erste Ordinariat in einer Disziplin – wie etwa Marita Baumgarten dies getan hat –, sondern ebenso das erste etatisierte Extraordinariat aufgeführt werden, denn mit diesem begann in der Regel die Institutionalisierung und der auf Dauer gestellte Ausbau eines Faches. Es liegen bisher auch nur vereinzelt für einige Universitäten oder Disziplinen fundierte Quellen- und Archivstudien zu diesem Ausbauprozeß vor. Häufig werden die Gründungsdaten aus Vorlesungsverzeichnissen oder der biographischen Literatur zusammengestellt⁵⁰. Über die Gründe für den Ausbau eines Faches können daher, was meist aber nicht kenntlich gemacht wird, eigentlich nur Mutmaßungen angestellt werden.

Folgt man den Angaben der Universität gegenüber dem Ministerium und dem Landtag, die ja die Mittel für die neue Stelle in den Universitätshaushalt einstellen mußten, so waren die entscheidenden Argumente für den Ausbau folgende: Die Spezialisierung und die Kenntnisse in einem Fache seien so weit fortgeschritten, daß es unmöglich noch von einem Vertreter abgedeckt werden könne; an allen oder fast allen anderen deutschen Universitäten sei diese Disziplin vertreten; das Fach sei Bestandteil der Staatsexamensprüfungen (für Lehrer oder Mediziner), da-

⁴⁹ Baumgarten, Professoren und Universitäten 58.

⁵⁰ Dies gilt teilweise auch für Marita Baumgartens äußerst verdienstvolle Untersuchung der Lehrstuhlentwicklung an deutschen Universitäten, die sich auf die Beispiele Gießen, Kiel, Heidelberg, Göttingen, München und Berlin konzentriert und auf der Basis von publizierten Quellen entstanden ist.

her müsse es angeboten werden⁵¹. Dabei ist es für die einzelnen Fächer interessant zu prüfen, von wem die Initiative ausging – von der Fakultät und einzelnen Professoren, vom Ministerium oder von gesellschaftlichen Gruppen. Keineswegs waren die Lehrstuhlgründungen ein automatischer Ausfluß des sich im 19. Jahrhundert durchsetzenden Forschungsimperativs, denn häufig ging die Initiative für die Institutionalisierung eines neuen Faches vom Ministerium oder von der Gesellschaft aus, nicht von der jeweiligen Fakultät. Meist waren es nur einige wenige, innovative Professoren, die in Zusammenarbeit mit Ministerien oder gesellschaftlichen Gruppen die Einrichtung neuer Disziplinen vorantrieben.

Was zeigt sich an Besonderheiten im Ausbauprozess der Disziplinen, wenn man Berlin, Freiburg und Tübingen vergleicht? Der Expansions- und Spezialisierungsprozess der Wissenschaften im 19. Jahrhundert betraf vornehmlich die Disziplinen der Philosophischen und der Medizinischen Fakultät, Jura und Theologie wurden dagegen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgebaut. Aus arbeitsökonomischen Gründen soll hier stellvertretend der Ausdifferenzierungsprozess am Beispiel der philosophisch-philologisch-historischen Disziplinen der Philosophischen Fakultät verfolgt werden.

Für Berlin kann festgehalten werden, daß es von Anfang an in den Altertumswissenschaften – vor allem in der klassischen Philologie und der Archäologie – auffallend gut ausgestattet war⁵². Dies hängt vermutlich mit der zur Zeit der Universitätsgründung bereits fortgeschrittenen Verwissenschaftlichung in der klassischen Philologie und dem Einfluß des Neuhumanismus zusammen; ferner aber sicher auch mit der engen Verbindung der Berliner Universität mit der Akademie der Wissenschaften, die einen Schwerpunkt in den Altertumswissenschaften hatte, sowie mit den Bedürfnissen der preußischen Gymnasiallehrerbildung. Das humanistische Gymnasium favorisierte in der Stundenzahl bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein die klassische Philologie. Die frühe Professionalisierung der preußischen Gymnasiallehrerbildung könnte sich auch zu Gunsten der Präferenz der Altertumswissenschaften an der preußischen Universitätsneugründung in Berlin ausgewirkt haben. Ferner scheint der Ausbau der Geschichtswissenschaft – hier sicher auch aus politischen Gründen – in Berlin besonders gefördert worden zu sein, wobei hier wieder der starke Schwerpunkt in der Alten Geschichte auffällig ist.

Wie die anderen Großuniversitäten stach Berlin weniger in der sogenannten Grundausrüstung hervor. Es übernahm keine Vorreiterrolle in der Erstgründung bzw. frühen Ausdifferenzierung von Professuren für Altphilologie, Geschichte,

⁵¹ *Paletschek*, *Permanente Erfindung* 345–369, bes. 357.

⁵² Es liegt mir leider keine systematische Aufstellung der Berliner Lehrstuhlgründungen vor. Aus der Auflistung in *Baumgarten*, *Universitäten und Professoren* 277ff., Tabelle 3, geht nicht die genaue Denomination der Professuren hervor, auch ist die Laufzeit nicht ganz klar, auch nicht, ob es sich um Extraordinariate oder Ordinariate handelt (vermutlich nur Ordinariate). Eine solche Auflistung sollte auch aus Archivmaterial, nicht lediglich aus Vorlesungsverzeichnissen oder biographischen Handbüchern zusammengestellt werden, da hier oft fehlerhafte oder zweifelhafte Angaben vorliegen.

Neuere Philologie, d.h. Germanistik, Romanistik, Anglistik, sowie Archäologie oder Kunstgeschichte, die um 1900 zum Kanon geisteswissenschaftlicher Fächer an allen Universitäten gehörten⁵³. Auch lag Berlin, blickt man auf die Gründungsdaten der Seminare und Institute, denen eine entscheidende Funktion in der Verbindung von Forschung und Lehre an der Universität zukam, eher im Mittelfeld oder war teilweise sogar unter den letzten Universitäten, die ein Seminar institutionalisierten⁵⁴. Sowohl Tübingen als auch das lange Zeit ja sehr kleine Freiburg gründeten, sieht man vom Seminar für klassische Philologie ab, bereits in den späten 1860er bzw. in den 1870er Jahren und damit etwa 10 bis 15 Jahre früher als Berlin, Seminare für Geschichte, für neuere Philologien oder die Staatswissenschaften.

Es war dagegen vor allem die Institutionalisierung von sogenannten „Orchideenfächern“ oder „kleinen Fächern“, in denen Berlin, ähnlich wie auch München und Leipzig, dann vor allem in den Jahren nach 1900 innovativ war: Dies galt etwa für die Assyriologie (1899), die Keltologie (1901), die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (1902), die Musikwissenschaft (1904), die Osteuropäische Geschichte (1906) oder die Sinologie (1912)⁵⁵. Diese Fächer zogen zwar nicht viele Studierende an, brachten aber Prestige und waren zudem verhältnismäßig billig. Einige dieser Erstgründungen – so die Lehrstühle für Slavistik, für osteuropäische Geschichte oder auch des Seminars für orientalische Sprachen – waren politisch motiviert und sollten der Ausbildung von Beamten des Auswärtigen Amtes dienen oder die Kolonialbewegung unterstützen. Der Ausbau bestimmter „Orchideenfächer“ erklärt sich also teilweise auch durch die örtlich bedingte enge Verbindung zwischen Universität und Politik in Berlin.

Tübingen und Freiburg waren im Vergleich mit Berlin nicht besonders gut mit Professuren in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen ausgestattet, was an der lange Zeit kleinen Frequenzzahl der jeweiligen Philosophischen Fakultät und der württembergischen bzw. badischen Lehrerprüfungsordnung lag. Paradoxerweise übernahm Tübingen aber in der ersten Jahrhunderthälfte eine Vorreiterrolle in der Institutionalisierung der Neuphilologie. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts wurde eine Professur für neuere Philologie und 1811 der erste germanistische Lehrstuhl an einer deutschen Universität gegründet. Einer Anregung von Shakespeare Gesellschaft und Ministerium folgend, entstand 1867 in Tübingen das erste neuphilo-

⁵³ Zur Ausdifferenzierung der Geisteswissenschaften in Berlin vgl. *Baumgarten*, Universitäten und Professoren 44–49, zur Grundausstattung im Vergleich, ebd. 55–59, bes. 59.

⁵⁴ Siehe die sehr nützliche Tabelle in *Bernhard vom Brocke*, Die Entstehung der deutschen Forschungsuniversitäten, in: *Rainer C. Schwinges*, Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Basel 2001) 367–402, Tabelle 376. Berlin erhielt relativ spät ein Historisches Seminar (1885); hinsichtlich des Zeitpunkts der Seminargründungen in den neueren Philologien (1877/1887) bzw. in der Staatswissenschaft (1886) lag es im unteren Mittelfeld.

⁵⁵ Sehr früh waren in Berlin 1846 die Ägyptologie sowie 1874 die Slawistik (zweite Lehrstuhlgründung nach Breslau) eingerichtet worden. Zu den „Orchideenfächern“, *Baumgarten*, Universitäten und Professoren 60.

logische Seminar in Deutschland. Tübingen bot Mitte des 19. Jahrhunderts die besten Studienmöglichkeiten für die Neuphilologien, fiel dann aber in der Entwicklung zurück. Die württembergische Landesuniversität erhielt relativ spät und erst 1903 eigenständige Professuren für Romanistik und Anglistik, wogegen sich in Berlin die Neuphilologie bereits Mitte der 1870er Jahre und in Freiburg zu Beginn der 1880er Jahre ausdifferenziert hatte. Die enzyklopädischen Anforderungen in der württembergischen Lehrerprüfungsordnung standen der Spezialisierung der Neuphilologie entgegen. Der Ausdifferenzierungsprozeß wurde zudem durch die Finanzknappheit des württembergischen Staates in den 1890er Jahren und eine Professorengruppe innerhalb der Philosophischen Fakultät behindert. Angeführt vom Philosophen Sigwart und den Altphilologien sprach sie sich, auch wegen des befürchteten Machtverlustes der eigenen Fächer, gegen den „Verwitterungsprozeß“ der zunehmenden Zersplitterung und Spezialisierung der Disziplinen aus⁵⁶.

In Freiburg setzte zwischen den 1860er Jahren und der Jahrhundertwende ein rasanter Ausbau der geisteswissenschaftlichen Disziplinen der Philosophischen Fakultät ein, der vor allem den Neuphilologien und der Geschichte zugute kam. Motiviert war diese Ausdifferenzierung der Geisteswissenschaften in der Philosophischen Fakultät durch die Zunahme an spezialisiertem Wissen, den Bedarf der Lehrerbildung, die steigenden Studentenzahlen und nicht zuletzt, dies galt vor allem für den Ausbau der Geschichtswissenschaft, durch politische Interessen und konfessionspolitische Auseinandersetzungen.

In Freiburg wurde erst auf Betreiben des Ministeriums und ohne Rücksprache mit der Fakultät 1863 die erste neuphilologische Professur, ein planmäßiges Extraordinariat für deutsche Sprache und Literatur mit der zusätzlichen Verpflichtung auf Lehraufträge in der romanischen und englischen Sprache, eingerichtet. Zuvor hatten Lektoren oder Professoren der Geschichte und klassischen Philologie neuphilologische und literaturwissenschaftliche Vorlesungen gehalten. Daß die Professur für Neuphilologie so spät eingerichtet wurde, lag daran, daß in Freiburg bis zu den 1870er Jahren das geringe Studentenklientel in der Philosophischen Fakultät eine Professur nicht notwendig erscheinen ließ. Bei einer 1857 erfolgten Bedarfsplanung forderte die Philosophische Fakultät die Einrichtung einer Professur für Land- und Forstwirtschaft oder Technologievorlesungen; eine Vertretung der neueren oder deutschen Philologie wurde gar nicht erwähnt⁵⁷. Die Einrichtung der ersten Professur für neuere Sprachen geht auf den Druck der Schule und den Bedarf der Lehrerausbildung zurück. Eine Rolle spielte ferner, daß es mittlerweile zur Grundausstattung auch der kleineren deutschen Universitäten gehörte, eine Professur für Neuphilologie zu haben, da sich hier über Privatdozenten, Fachzeitschriften und die Errichtung von Fachprofessuren eine neue wissenschaftliche

⁵⁶ *Paletschek*, *Permanente Erfindung* 355.

⁵⁷ *Ursula Burkhardt*, *Germanistik in Südwestdeutschland. Die Geschichte einer Wissenschaft des 19. Jahrhunderts an den Universitäten Tübingen, Heidelberg und Freiburg* (Tübingen 1976) 46; im folgenden zitiert: *Burkhardt*, *Germanistik*.

Disziplin ausgebildet hatte. Seit den 1880er Jahren erfolgte in Freiburg dann relativ rasch – etwa zeitgleich mit Berlin – die weitere Ausdifferenzierung der Neuphilologie und die Einrichtung von Professuren für Romanistik und Anglistik, wobei bereits 1872 – und damit noch vor Berlin – ein Seminar für neuere Sprachen eingerichtet worden war.

Nicht nur Verwissenschaftlichung, Lehrerbedarf und steigende Studentenzahlen, sondern auch die nationalpolitische Indienstnahme von Geisteswissenschaften sowie konfessionspolitische Auseinandersetzungen beförderten deren Expansion – dies zeigt sich am Beispiel der Geschichtswissenschaft in Freiburg. Es waren nationalpolitische Gründe und Überlegungen hinsichtlich der Universitätsfrequenz, die die Einrichtung einer zweiten Geschichtspröfessur durch das Ministerium Ende der 1860er Jahre bedingten. Geschichte sei, so hieß es in der ministeriellen Begründung, „vorzugsweise diejenige Wissenschaft, welche ein großes Publikum um sich zu scharen geeignet ist“⁵⁸. Mit der Einrichtung dieser zweiten Geschichtspröfessur ging eine Ausdifferenzierung in mittlere und neuere Geschichte einher, und es zeigte sich die auch andernorts gängige Arbeitsteilung, die „dem Neuhistoriker die politische Erziehung und die Rolle des patriotischen Rhetors zuwies, den Lehrer der mittelalterlichen Geschichte aber auf die Aufgabe beschränkte, im engeren Kreis des Seminars die Kenntnisse des kritischen Handwerkszeugs zu vermitteln“⁵⁹. Auch die Errichtung einer späteren, nun vierten Geschichtspröfessur 1892 war politisch motiviert und resultierte aus konfessionellen Konflikten und langfristigen Auswirkungen des Kulturkampfes. Die Katholisch-Theologische Fakultät hatte bereits seit den 1840er Jahren ein massives Interesse an den Lehrstuhlbesetzungen in Geschichte gezeigt. Sie war der Meinung, daß „keine Wissenschaft außer der Theologie mehr confessionelle Färbung notwendig annimmt als die Geschichte“. Der Historiker in Freiburg sollte daher katholischer Konfession sein, denn katholische Theologiestudenten mußten im Grundstudium Geschichtsvorlesungen besuchen, und im zu zwei Drittel katholischen Baden sei auch der Großteil der badischen Studierenden der anderen Fächer katholisch. Die Philosophische Fakultät sprach sich vehement gegen diese Forderung aus, und es kam zwischen den 1850er und 1890er Jahren ständig zu Konflikten, wenn Geschichtsberufungen anstanden. Das Ministerium wollte hier zwar vermitteln, war letztlich aber selbst an der Berufung nationalpolitisch gesinnter Historiker interessiert, die konform gingen mit den nationalen, preußisch-kleindeutschen Sympathien des badischen Herrscherhauses. Verschärft wurde der Konflikt durch den Umstand, daß mit dem exponentiellen Frequenzwachstum und dem Aufstieg Freiburgs der Lehrkörper der Albertina-Ludovica zunehmend protestantisch wurde, so daß in den 1890er Jahren – unter Ausklammerung der Theologischen

⁵⁸ *Hans-Günther Zmarzlik*, Die Geschichtswissenschaft an der Universität Freiburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Clemens Bauer, Ernst Walter Zeeden, Hans-Günther Zmarzlik* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Freiburger Philosophischen Fakultät (Freiburg 1957) 165.

⁵⁹ Ebd. 172.

Fakultät – sieben von acht Dozenten protestantisch waren⁶⁰. Als 1892 der konfessionspolitische Konflikt um die Besetzung der freigewordenen Professur für neuere Geschichte erneut aufflammte, wurde auf Initiative des Ministeriums 1892 ein vierter Geschichtslehrstuhl errichtet. Dieser sollte fortan, so die informelle Absprache, mit einem Historiker katholischer Konfession zu besetzt sein und in seiner Denomination auf badische Landesgeschichte und historische Hilfswissenschaften lauten.

Im 19. Jahrhundert wurden, dies gilt für die Universitäten in der Metropole wie in der Provinz, zunächst die „Schulwissenschaften“ und die dem nationalen und bürgerlichen Selbstverständnis dienenden geisteswissenschaftlichen Disziplinen, d.h. Altphilologie, Geschichte und Neuphilologie, ausgebaut. Es war gerade das Ineinandergreifen von Forschungs- und Lehrfreiheit, neuem Wissenschaftsverständnis und gesellschaftlichen Verwertungsinteressen, das die Basis für die Dynamik, den Aufstieg und weiteren Ausbau der Geisteswissenschaften lieferte. Hier war nicht eine Universität oder ein deutscher Einzelstaat Taktgeber, sondern das föderale deutsche Universitätssystem. Das Zusammenspiel und der Austausch zwischen kleinen, mittleren und großen Universitäten förderten Innovationen.

Berliner Besonderheiten vor 1914

Provinzuniversitäten im engeren Sinne, jetzt nicht verstanden als Universitäten, die in kleinen, eher abgelegenen Städten lagen, sondern als Universitäten mit einem beschränkten, provinziellen Horizont, existierten im deutschen Universitätssystem in den Jahrzehnten um 1900 nicht mehr. Zwar gab es sehr kleine Universitäten wie Greifswald, Kiel, Gießen oder Rostock, doch diese leisteten im Austausch des deutschen Universitätssystems und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Beachtliches. Das deutsche Universitätssystem war um 1900 deshalb so erfolgreich, weil sich der Austausch zwischen kleinen, mittleren und großen Universitäten und die Konkurrenz der deutschen Einzelstaaten im föderal organisierten tertiären Bildungssektor als äußerst fruchtbar erwiesen. Beides schuf Nischen für die Erprobung neuer Ansätze. Die Möglichkeit des Universitätswechsels von Professoren wie Studenten sorgte dafür, daß kein Einzelstaat in der finanziellen Ausstattung seiner Universitäten zurückbleiben konnte. Es war nicht die Strahlkraft der großen deutschen Universitäten Berlin, München, Leipzig, die die Struktur der deutschen Universität oder des deutschen Universitätssystems prägten. Es kann nicht von der eindeutigen Dominanz oder besonderen Innovationskraft Berlins ausgegangen werden. Damit soll keineswegs bestritten werden, daß ein Ordinariat in Berlin mit einem besonders hohen Renommee ausgestattet war. Berlin zählte zahlreiche herausragende Gelehrte zu seinen Professoren und die Vielzahl der dort vertretenen Disziplinen, gerade in den „kleinen“ Orchideenfächern, machte die Anziehungskraft, den Reichtum und die Besonderheit Berlins aus.

⁶⁰ Fenske, Existenzsorgen, Konflikte, Aufstieg 37.

Die Friedrich-Wilhelm Universität in Berlin war kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs die größte deutsche Universität. Sie konnte renommierte Gelehrte von den anderen beiden großen Universitäten und von den mittleren Universitäten berufen, doch kann nicht pauschal festgestellt werden, daß in Berlin stets die Besten der Besten berufen wurden oder daß Berlin „der“ Kristallisationspunkt der deutschen Wissenschaftselite des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war. Auch kamen nicht alle, an die der Berliner Ruf erging, sondern manche Professoren zogen teilweise die ruhigeren Arbeits- und Lebensbedingungen – so etwa an der „Arbeitsuniversität“ Tübingen oder an der „Freizeituniversität“ Freiburg – vor. So hatten zwischen 1870 und 1930 immerhin neun Tübinger Professoren den Ruf nach Berlin abgelehnt, nach Leipzig waren es sechs, nach München fünf⁶¹. Der Tübinger Jurist Max Rümelin lehnte um 1900 Rufe nach Berlin und Leipzig ab, da er in Tübingen gute Arbeitsbedingungen hatte und sich zudem als gebürtiger Württemberger dem württembergischen Staat wie der Landesuniversität verpflichtet fühlte. Bei der Rufannahme oder -ablehnung spielten also nicht nur die Größe und Qualität der Universität, sondern auch der landschaftliche Reiz der Umgebung, Prioritäten der Familie oder landsmannschaftliche Herkunft eine Rolle. Solche lebensweltlichen Gründe, die Chance, vor einem großen Auditorium zu lesen, viele Studenten zu beeinflussen sowie die Aussicht auf ein höheres Einkommen durch die Kolleggelder waren dann oft der Grund, den Ruf an eine in einer großen Stadt gelegene Universität anzunehmen. Da Berlin auf die Ordinariate in der Regel vom Ordinariatsrang aus berief, kamen nicht so sehr die noch jüngeren, innovativen Kräfte, sondern eher die „Besten der Bewährten“ zum Zuge. Und nicht wenige spätere Berliner Professoren hatten mehrere Jahre an Universitäten, die aus preußischer Perspektive in der „Provinz“ lagen, gelehrt und geforscht, so etwa die Historiker Julius Weizsäcker und Dietrich Schäfer in Tübingen, Friedrich Meinecke oder der Anthropologe Eugen Fischer in Freiburg.

Max Lenz kommt in seiner anlässlich der ersten Jahrhundertfeier verfaßten Universitätsgeschichte zum Schluß, daß es Preußen nicht gelang, sich mit der Berliner Neugründung eindeutig an die Spitze der deutschen Universitätslandschaft zu setzen: „Die Hoffnung der Vorfahren, Berlins Universität über ihre Schwestern zu erheben, sind für immer begraben: sie wird sich mit dem Ruhme begnügen müssen, unter gleichen die erste zu sein.“⁶² Berlin war „*primus inter pares*“ unter den deutschen Universitäten, aber kein Vorbildmodell oder das herausragende, die Wissenschaftsentwicklung bestimmende Zentrum des deutschen Universitätslebens.

Was Berlin aber jenseits der Größe und der attraktiven Großstadt so reizvoll und besonders machte und von München oder Leipzig und natürlich ganz beson-

⁶¹ *Paletschek*, Permanente Erfindung 339. Es konnte auch der sehr seltene Fall eintreten, daß Tübingen – dies galt nur für die evangelische Theologie – Ordinarien der großen Universitäten berufen konnte. So nahm der evangelische Theologe Adolf Schlatter, der zuvor Berliner Ordinarius war, sich dort aber als Schweizer nicht wohl fühlte, 1898 einen Ruf nach Tübingen an.

⁶² *Lenz*, Geschichte Universität Berlin, Bd. 2 385.

ders den „Provinzuniversitäten“ abhob, war 1. die Nähe zur Politik, 2. der Verbund mit außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen sowie 3. die Tatsache, daß es im Rahmen der Hochschulpolitik des größten und hegemonialen deutschen Einzelstaats besonders gut gefördert und ausgestattet wurde. Dies waren die Pfunde, mit denen Berlin wuchern konnte. Hinzu kam 4., daß in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende mit den beiden über Berlin und Preußen hinaus an Bedeutung als Wissenschaftsmanager gewinnenden Professoren Theodor Mommsen und Adolf Harnack und dem zeitgleich amtierenden innovativen preußischen Ministerialbeamten Friedrich Althoff eine für die weitere Wissenschaftsförderung und -organisation außerordentlich glückliche Personalkonstellation gegeben war, die letztlich auch der Berliner Universität zugute kam.

Theodor Mommsen und Adolf Harnack stehen beide nicht für die universitäre, sondern die außeruniversitäre Wissenschaftsförderung; sie belegen beide die enge Verflechtung zwischen Akademie und Universität⁶³. Ähnlich wie bereits in der Gründungszeit Professoren von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Akademie als außerordentliche Lehrkräfte für die Altertumswissenschaften an der Universität herangezogen wurden⁶⁴, war Theodor Mommsen seit 1858 zunächst an der Berliner Akademie der Wissenschaften beschäftigt. Nachdem er einen Ruf nach Bonn erhalten hatte, wurde ihm 1861, um ihn in Berlin zu halten, eine ordentliche Professur für römische Altertumskunde an der Universität verliehen⁶⁵. Mommsen hielt die Organisation der Universitäten für die Durchführung größerer Forschungsprojekte, sowohl was die interdisziplinäre Zusammenarbeit wie die Belastung durch Lehre und Selbstverwaltung anging, für überholt. Er sah die Akademien als zentrale Institutionen des Wissenschaftsbetriebs und konzentrierte sich auf die Einrichtung von Großprojekten kleinteiliger, systematischer Forschung in interdisziplinärem, nationalem wie internationalem Zuschnitt. Mommsen initiierte großangelegte Editionen antiker Quellen, sogenannte „Archive der Vergangenheit“, die er über die Akademie, über staatliche wie private Gelder finanzierte.

Mommsen förderte die Berufung des erst nach seinem Abgang von der Universität 1888 nach Berlin berufenen Theologen und Kirchenhistorikers Adolf von Harnack in die Akademie der Wissenschaften, in die dieser 1890 aufgenommen wurde. Noch mehr als Mommsen gelang es Harnack, unterstützt durch seine Auf-

⁶³ Zu Mommsen und Harnack siehe *Stefan Rebenich*, Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Berlin 1997); im folgenden zitiert: *Rebenich*, Mommsen und Harnack. *Bernhard vom Brocke*, Im Großbetrieb der Wissenschaft. Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator und Wissenschaftspolitiker – zwischen Preußischer Akademie und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 45, 2001) 61–144.

⁶⁴ In der Philosophische Fakultät zählten 1810 neben den vier regulären Professuren für Philosophie, Altertumswissenschaften, Altphilologie und Geschichte zwei weitere Professoren von Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen zu den Lehrkräften (Alois Hirt für Kunst und Archäologie, Akademielehrer Ludwig Friedrich Heindorf für Altphilologie); *Baumgarten*, Universitäten und Professoren 45.

⁶⁵ *Rebenich*, Mommsen und Harnack 33f.

gabe der Vorbereitung des Akademie Jubiläums 1900, gute Beziehungen zur preußischen Politik, zum Ministerium wie zum Kaiser aufzubauen. Mommsen und Harnack pflegten enge Verbindungen zu Friedrich Althoff und waren einflußreiche Ratgeber in der preußischen Hochschulpolitik. Der unter der Ägide des von 1882 bis 1907 amtierenden, äußerst wirkmächtigen Ministerialdirigenten Friedrich Althoff erfolgte Ausbau des preußischen Hochschulwesens und die Modernisierung der preußischen Wissenschaftspolitik durch die Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen kam insbesondere der Wissenschaftslandschaft Berlin und damit auch der Berliner Universität zugute⁶⁶. Als Berliner Professoren hatten Mommsen und Harnack eher als Professoren anderer Universitäten Zugang zur hohen Politik und damit auch zu Althoff, für den sie als Ratgeber fungierten. Es wäre zu vermuten, daß für diese beiden Wissenschaftsorganisatoren der Standort Berlin und Preußen aus politischen und strukturellen Gründen entscheidend für die Durchsetzung ihrer Ideen war. Interessant wäre zudem ein Vergleich der von Mommsen und Harnack projektierten Großforschungseinrichtungen mit den Bemühungen des Leipzigers Karl Lamprecht um neue Formen der Wissenschaftsorganisation⁶⁷. Jenseits der persönlichen Unterschiede könnte über diesen Vergleich die Rolle struktureller Rahmenbedingungen, d. h. der Einfluß der jeweiligen Universitätsstandorte und der preußischen bzw. sächsischen Hochschulpolitik, ausgelotet werden.

Zwar gehörten der eher linksliberale Mommsen und der eher gouvernemental ausgerichtete Harnack unterschiedlichen Generationen und politischen Richtungen an, doch teilten beide die Vorstellung von Wissenschaft als Großbetrieb und die Ansicht, daß die moderne Wissenschaftsorganisation eher außerhalb als innerhalb der Universität beheimatet sein müsse. Harnack setzte als Mitbegründer und erster Präsident der vom preußischen Staat und von der privaten Wirtschaft finanzierten und 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die von Mommsen eingeleitete Großforschung fort und lenkte sie in neue institutionalisierte Bahnen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Theologe „der“ Repräsentant des deutschen Wissenschaftssystems, der nicht nur Forschungspolitik machte, die mit den Kaiser-Wilhelm-Instituten zunächst hauptsächlich den Naturwissenschaften zugute kam, sondern der selbst, z. B. mit der Kirchenväterausgabe, geisteswissenschaftliche Großprojekte anschoß.

Erst seit den 1880er Jahren zog die Forschung an deutschen Universitäten über die nun nahezu flächendeckend und bis zum Ende des Jahrhunderts in allen Disziplinen etablierten Seminare und Institute in die Lehre ein. Dies war aber auch der Zeitpunkt, als durch Überfüllung der dialogischen und forschungspraktischen

⁶⁶ Aus der umfangreichen Literatur zu Althoff vgl. vor allem *Bernhard vom Brocke*, Friedrich Althoff (1839–1908). Forschungsstand und Quellenlage. Bemühungen um eine Biographie, in: *Bernhard vom Brocke* (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive (Hildesheim 1991) 14–44; *Laitko*, System Althoff 75–85.

⁶⁷ Zu Leipzig siehe den Beitrag von Matthias Middell in diesem Band.

Veranstaltungen ebenso wie durch die hohe Belastung in der Lehre und der Selbstverwaltung die Grenzen der Forschungsmöglichkeiten für Professoren an der Universität offensichtlich wurden. Mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 wurde die Forschung teilweise wieder aus den Universitäten ausgegliedert. Somit könnte man zunächst vermuten, daß die außeruniversitären Forschungsorganisationen, die Mommsen und Harnack vorantrieben, die Universitätsforschung zurückdrängte. Doch scheinen sich, und das wäre am Berliner Beispiel systematisch zu untersuchen, gerade hier Synergieeffekte aus den Verbindungen der Universität mit der Akademie und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen ergeben zu haben, und wenn dies „nur“ die Tätigkeit der zahlreichen Akademie- und KWI-Mitglieder als Honorarprofessoren an der Berliner Universität war. Berlin hatte die höchste absolute wie relative Zahl an nicht etatmäßigen Extraordinarien und Honorarprofessoren. Dies verschleierte einerseits die tatsächliche Personalsituation, trug aber andererseits zum Prestige der Universität bei, wenn sie bekannte Gelehrte aus außeruniversitären Einrichtungen, d. h. aus Museen, Archiven, der Akademie oder Forschungsinstituten, als Professoren auflisten konnte.

Ein knappes Fazit: Es sind vor allem die Standortfaktoren, die Berlin zur größten deutschen und um 1900 zu einer der renommiertesten Universitäten weltweit machten. Als Neugründung mußte in Berlin nicht gegen den die wissenschaftliche Produktivität wie die Ausbildungsleistung behindernden Filz von Universitätsfamilien, überkommenen Privilegien und Kirche angekämpft werden. Es wurde die bewährte Form der im 18. Jahrhundert modernisierten deutschen Universitäten übernommen und mit der Eingliederung der Naturwissenschaften in die Philosophische Fakultät einen Schritt weiter gebracht. Der Neuhumanismus ebenso wie der zügige Ausbau des Bildungssystems in Preußen und die frühe Professionalisierung der Lehrerbildung beförderte die Ausbildung eines eigentlichen Studentenklentels und die gute Ausstattung der Philosophischen Fakultät. Berlin profitierte vom Phänomen, daß das Frequenzwachstum im 19. Jahrhundert insbesondere Universitäten in Großstädten zugute kam. Hohe Studierendenzahlen beschleunigten den Ausbau und die Ausdifferenzierung der Disziplinen und machten die Universität attraktiv für Professoren. Seit der Gründung stand die Berliner Universität in engem Austausch mit außeruniversitären Institutionen und diese Synergieeffekte zeigten sich besonders stark in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende. Die Nähe zur Politik und zu führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft sowie die Tatsache, daß Berlin Hauptstadt wurde und zudem Aushängeschild des größten und hegemonialen deutschen Einzelstaates war, ermöglichte der Universität und einzelner ihrer Professoren, ihre hochschul- und wissenschaftspolitischen Ideen gezielter umzusetzen. Dabei erwies sich in den Jahrzehnten um 1900 die in gewisser Weise kontingente, teilweise aber auch „geplant“ herbeigeführte und strukturell bedingte Personenkonstellation Mommsen, Harnack und Althoff als besonders erfolgreich – nicht nur für die Organisation der preußischen und deutschen Großforschung, sondern auch für die Universität Berlin. Und last but not least: die Universität in der Hauptstadt des neuen Reiches wurde auch aus

Prestigegründen großzügig von Preußen finanziert, das zudem aufgrund seiner vielen Universitäten gezielter Schwerpunkte setzten konnte – und diese finanzielle Förderung sollte, wie wir auch heute wissen, nicht unterschätzt werden.

Summary

This article compares the development of three German universities (Tübingen, Freiburg, Berlin) during the 19th century. Focussing on the reform period (ca. 1770–1830), it will first demonstrate that the newly found Berlin University cannot be seen as the reform model for German universities. Next, it takes a look at the student frequency since the number of students was the decisive criterion for the ranking of German universities during the 19th century. Growth in the numbers of students, the expansion of secondary education, yet also changes in society and politics such as the rise of the nation state and religious conflicts had a severe impact on the expansion and specialisation of academic disciplines which led to the development of the German research university. This process was brought about by the federally organised German university system and the interaction of universities different in size and regional setting, which gave room for considerable experimentation. The interplay within this federal university system propelled competition among universities and supported the development of an increasing number of more and more specialized academic disciplines. Thus, we find numerous universities in the German „provinces“, i. e. in smaller towns, around 1900, yet these were by no means „provincial universities“. The last part reflects on the particularities of the Berlin University, which was by far the biggest and most renowned German university around 1900 but at the same time only *primus inter pares*. The „Friedrich-Wilhelms-Universität“ in Berlin was distinguished by 1. its intimate relation to the politics of the German Reich; 2. its alliance with the numerous extra-mural research institutes situated in Berlin, 3. its size and setting within the Prussian university system which secured good financial resources and, thus, the possibility to establish chairs for numerous small disciplines and 4. a uniquely advantageous staff constellation during the decades around 1900 with innovative professors and science managers (Theodor Mommsen, Adolf Harnack) on the one hand, and a reform-friendly and active state administration (Friedrich Althoff).

Anhang:

Tabelle 1: *Studierendenzahlen im Vergleich 1830–1910*

Studien- jahr Ø	Gesamt	Berlin			Tübingen			Freiburg			
			Rang/Zahl/Zuwachs		Rang/Zahl/Zuwachs		Rang/Zahl/Zuwachs		Rang/Zahl/Zuwachs		
1830	15838		1	2069		9	838		11	592	
1840	11524	-27,2%	1	1806	-12,8%	5	709	-15,4%	15	299	-49,5%
1850	11773	2,1%	2	1526	-15,5%	6	793	11,8%	14	362	21,1%
1860	12141	3,1%	1	1623	6,4%	8	718	-9,5%	16	324	-10,5%
1870	13188	8,6%	1	2220	36,8%	6	673	-6,3%	18	222	-37,0%
1880	21190	60,7%	1	3736	68,3%	5	1129	67,8%	15	486	118,9%
1890	28594	34,9%	1	4922	31,7%	7	1322	17,9%	9	1093	124,9%
1900	33986	18,9%	1	5597	13,7%	8	1402	6,1%	6	1492	36,5%
1910	53378	57,1%	1	8289	48,1%	12	1845	31,6%	5	2565	71,9%

Quelle: Eulenburg, Tab. 11a, 11b; Titze, Datenhandbuch I/2, Tab. 1.1., Tab. 8.1., Tab. 25.1.

Für 1830 bezieht sich die Gesamtzahl der Studierenden auf das WS, für die Jahre 1900, 1910 beziehen sich die Angaben auf das Sommersemester, alle anderen Angaben beziehen sich auf den für das Studienjahr pro Semester ermittelten Durchschnittswert. Die Rankings wurden nach den Zahlen für das jeweilige Sommersemester ermittelt.

Legende

Rang: Platz im Ranking der deutschen Universitäten nach Studierendenzahl

Zahl: Studierendenzahl

Zuwachs: Zunahme bzw. Abnahme im Vergleich zur Studentenfrequenz 10 Jahre davor

Tabelle 2: *Fächerwahl der Studierenden an deutschen Universitäten (in Prozent)*

Studien- jahr Ø	Gesamt	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	15838							
1840	11524							
1850	11773							
1860	12141							
1870	13188	14,7	6,4	22,5	22,6	20,5	9,8	3,6
1880	21190	11,0	3,1	24,8	19,3	22,0	16,6	3,2
1890	28594	15,5	4,4	23,2	31,4	10,2	11,7	3,6
1900	33986	7,1	4,9	28,6	23,2	13,9	17,3	5,1
1910	53378	4,6	3,4	20,6	21,7	23,7	15,9	5,3

Tabelle 3: *Fächerwahl der Studierenden in Berlin (in Prozent)*

SoSe	Zahl	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	1963	31,1		32,3	24,4	12,3		
1840	1806	21,9		24,8	33,4	19,9		
1850	1448	12,6		39,4	24,8	23,1		
1860	1509	20,7		23,1	28,3	28,0		
1870	2168	12,5		25,5	25,8	25,8	10,0	0,5
1880	3365	6,8		29,6	17,5	27,6	18,1	0,4
1890	4537	15,0		26,0	25,1	14,6	11,6	1,2
1900	4866	5,3		30,1	26,8	17,4	16,8	3,7
1910	7399	3,7		23,7	22,6	31,7	13,7	4,5

Tabelle 4: *Fächerwahl der Studierenden in Tübingen (in Prozent)*

SoSe	Zahl	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	852	23,2	20,1	11,6	20,2	19,1		5,8
1840	696	23,9	15,2	17,2	19,8	11,5		12,4
1850	791	19,5	20,5	25,9	14,0	12,1		8,0
1860	701	29,5	18,8	9,4	20,8	9,8		11,6
1870	816	32,0	9,8	11,0	27,0	11,8	2,5	6,0
1880	1200	24,8	12,3	23,6	16,3	9,4	6,4	7,3
1890	1408	30,5	11,5	19,3	19,0	4,3	2,9	12,4
1900	1498	21,9	11,2	26,8	20,0	5,4	5,9	8,7
1910	1937	17,8	9,1	20,2	20,1	18,2	10,5	4,0

Tabelle 5: *Fächerwahl der Studierenden in Freiburg (in Prozent)*

SoSe		Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	593		32,7	16,5	25,1	25,6		
1840	296		33,5	30,1	30,1	6,4		
1850	348		43,4	19,3	23,0	14,4		
1860	312		61,5	3,9	17,6	7,7		
1870	225		50,2	15,6	18,2	8,0	0,9	7,1
1880	528		8,9	30,1	40,1	10,8	10,0	0,0
1890	1254		16,2	24,3	36,1	9,0	11,7	2,6
1900	1766		14,6	34,1	28,8	10,5	10,7	1,3
1910	2884		8,6	21,5	33,7	21,6	11,7	2,8

Quellen:

Tabelle 2: Zahlen zur Fächerwahl der Studierenden an deutschen Universitäten (Tabelle 2) nach der Zusammenstellung in *Paletschek*, *Permanente Erfindung*, Tab.2;

Tabellen 3–5: Zahlen zusammengestellt nach *Titze*, *Datenhandbuch I/2*, Tab. 1.1., Tab. 8.1., Tab. 25.1.

Legende

SoSe: Sommersemester

Th.Ev.: Evangelisch-Theologische Fakultät

Th.Kath.: Katholisch-Theologische Fakultät

Jur.: Juristische Fakultät

Med.: Medizinische Fakultät (Allgemeinmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie)

Phil.: Philosophische Fakultät, ab 1870 nur noch geisteswissenschaftliche Disziplinen der Philosophischen Fakultät

Nat.: Naturwissenschaftliche Fakultät bzw. naturwiss. Fächer Phil. Fak.

Stawi.: Staats- und Wirtschaftswissenschaften (inkl. Agrar- und Forstwiss.)